

Tischvorlage vom 18.09.2019

**Antrag zur dringlichen Behandlung im
Bildungsausschuss am 18.09.2019**

**Schülertransport für Schulvorbereitende
Einrichtungen optimieren**

**Antrag Nr. 14-20 / A 05874 von Herrn StR Thomas Schmid,
Frau StRin Beatrix Burkhardt vom 10.09.2019**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16405

**Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 18.09.2019 (SB)
Öffentliche Sitzung**

I. Vortrag der Referentin

Mit Schreiben vom 10.09.2019 stellten Frau Stadträtin Burkhardt und Herr Stadtrat Schmid den beiliegenden Antrag zur dringlichen Behandlung in der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses (Anlage 1).

Grundsätzlich wird vorausgeschickt, dass dem RBS die Bereitstellung von geeigneten Transportmöglichkeiten ein wichtiges Anliegen ist.

1. Ausgangslage

1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs (SchKfrG) sowie die Verordnung über die Schülerbeförderung (SchBefV) regeln einen möglichen Beförderungsanspruch zwischen dem **gewöhnlichen Aufenthalt (i.d.R. Wohnung)** der Schülerin, des Schülers und der **Schule**. Es bestimmt darüber hinaus, dass die Schülerbeförderung **vorrangig mit dem ÖPNV** erfolgen soll. Andere Verkehrsmittel wie Schulbus und Taxi sollen nur zum Einsatz kommen, falls dies notwendig ist. Kinder unter 6 Jahren dürfen nicht ohne Begleitung Erwachsener im ÖPNV befördert werden.

1.2 Transport von der Schulvorbereitenden Einrichtung (SVE) zur Kinderbetreuungseinrichtung

Eine SVE ist einem Förderzentrum (SFZ) angegliedert. Die Fahrt vom gewöhnlichen Aufenthalt zum SFZ sowie zur SVE **und zurück** fällt unter die Beförderungspflicht und ist von der Kostenfreiheit des Schulwegs umfasst. Das Gesetz sieht jedoch eine Übernahme der Beförderung nach Schulschluss zum **Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung** (SVE-Kinder in den Kindergarten, SFZ-Schülerinnen und Schüler in den Hort) **nicht** vor. Die zurückzulegende Schulwegstrecke von der Schule zu einem Hort oder Kindergarten ist vom Gesetz nicht umfasst.

1.3 Pauschale Zuweisungen vom Freistaat Bayern zu den gesetzlichen Aufwendungen der Schülerbeförderung

Die LHM erhält vom Freistaat Bayern für die gesetzliche Schülerbeförderung pauschale Zuweisungen in Höhe von derzeit ca. 9 Mio €. Die Beförderung nach Schulschluss zum **Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung** (SVE-Kinder in den Kindergarten, SFZ-Schülerinnen und Schüler in den Hort) ist **nicht** zuweisungsfähig.

1.4 Beförderte SFZ-Schülerinnen und Schüler bzw. SVE-Kinder im Schuljahr 2018/2019

Wie unter Ziffer 1.1. ausgeführt, ist die Kostenfreiheit des Schulwegs nur auf dem notwendigen und zumutbaren Schulweg zwischen dem Wohnort und der Schule und zurück zu gewähren. Im Interesse der Kinder und Eltern handhabt die Stadt dies jedoch soweit wie möglich großzügig und pragmatisch. Das heißt, sollten in einem vom RBS beauftragten Schulbus, in dem Kinder nach den gesetzlichen Vorgaben befördert werden, noch freie Restsitzplatzkapazitäten vorhanden sein, so können diese freien Plätze mit Kindern aufgefüllt werden, die anstatt nach Hause zu fahren eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen möchten. Der Schulbus hält an der dem Hort oder Kindergarten nächst gelegenen Bushaltestelle, die auf der ohnehin befahrenen Route für die Rückfahrt der übrigen Kinder liegt. Im Einzelnen stellen sich die Beförderungszahlen im Schuljahr 2018/2019 wie folgt dar:

- SFZ: Im Schuljahr 2018/2019 besuchten ca. 2.800 Schülerinnen und Schüler eines der 14 SFZ mit städtischer Sachaufwandsträgerschaft. Es wurden ca. 1.310 Schülerinnen mit Bussen befördert. Von diesen ca. 1.310 Schülerinnen und Schülern wurden ca. 1.000 vom gewöhnlichen Aufenthalt (i.d.R. deren Wohnung) in das SFZ und zurück befördert. Bei ca. 310 Schülerinnen und Schülern erfolgte die **Mitbeförderung** auf dem Rückweg statt nach Hause in eine Kinderbetreuungseinrichtung (Hort).
- SVE: Im Schuljahr 2018/2019 besuchten ca. 235 Kinder die SVE an den 14 Förderzentren in städtischer Sachaufwandsträgerschaft. Es wurden ca. 190 Kinder befördert. Von diesen ca. 190 Kindern wurden ca. 85 vom gewöhnlichen Aufenthalt in die SVE und zurück befördert. Bei ca. 105 Kindern erfolgte die **Mitbeförderung** auf dem Rückweg statt nach Hause in eine Kinderbetreuungseinrichtung (Kindergarten).

In Summe wurden so im Schuljahr 2018/19 im Sinne einer freiwilligen und kostenneutralen Leistung zusätzlich ca. 415 Kinder täglich von einem SFZ bzw. einer SVE in eine Kinderbetreuungseinrichtung (Hort oder Kindergarten) befördert.

1.5 Anzahl SFZ-Schülerinnen und Schüler und SVE-Kinder für das Schuljahr 2019/20

Anfang des Jahres 2019 wurde gegenüber den Leiterinnen und Leitern der SFZ seitens der zuständigen Abteilung im RBS kommuniziert, dass aufgrund der Vielzahl an Fahrten und der auftretenden Schwierigkeiten (Kapazitätsengpässe bei Bussen und Taxis, Problematik des letzten Beförderungsabschnittes von der Bushaltestelle zum Eingang der Kinderbetreuungseinrichtung) ab dem Schuljahr 2019/20 die in der Vergangenheit kulante Praxis einer breiten Mitbeförderung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Das RBS ermöglichte aber, dass in Einzelfällen die freien Plätze in den Schulbussen (Überkapazitäten) weiterhin von den SFZ und SVE vergeben werden dürfen, sofern keine Mehrkosten entstehen. Vereinzelt wurde dies im aktuellen Schuljahr auch schon nachgefragt, konkrete Zahlen der SFZ und SVE liegen derzeit nicht vor.

2. Abgrenzungsschwierigkeiten und Problem Gleichheitsgrundsatz

Würde allen Kindern an einem SFZ bzw. an einer SVE die Option geboten, zu den Betreuungseinrichtungen befördert zu werden, hätte dies folgende Konsequenzen:

2.1 Bisher wurde nur ein kleiner Teil der Kinder im Wege der kostenneutralen und pragmatischen Mitbeförderung mitgenommen. Bei einer Ausweitung des Angebots könnten alle ca. 3.000 SFZ- und SVE-Kinder darauf zurückgreifen. Dies könnte beträchtliche Kosten verursachen.

2.2 Hinzu kommt, dass es bei den Betreuungseinrichtungen keine "Sprengelpflicht" gibt. Unklar ist, bis zu welchen Distanzen die Beförderung übernommen werden sollte. Unklar ist zudem, welche Entfernung man den Schülerinnen und Schülern zumuten will, die sie selber von der Schule zu ihren Betreuungseinrichtungen zurücklegen sollen. Jedenfalls im Rahmen der gesetzlichen Schülerbeförderung sieht es der Ordnungsgeber vor, dass Kinder der Jahrgangsstufen 1 bis 4 keinen Anspruch auf Beförderung haben, soweit ihr Schulweg (Wohnort zur Schule) unter 2 km beträgt.

Das SchKfrG und die SchBefV sehen die Schülerbeförderung grundsätzlich mit dem ÖPNV vor. Da es bei den Betreuungseinrichtungen keine Sprengelpflicht gibt, können sich sehr weitläufige Einzelwege ergeben, die am besten mit Taxis und nur mit hohem Kostenaufwand lösbar wären. Die Beförderung müsste auch deshalb überwiegend mit Taxis sichergestellt werden, da nur dann gewährleistet werden kann, dass das Kind unmittelbar vor der Kinderbetreuungseinrichtung aussteigen kann. Ein Schulbus nämlich kann Fahrgäste grundsätzlich nur an einer Bushaltestelle gefahrlos aussteigen lassen. Die Kinder müssten dann (wie jetzt auch) den Weg zur Kinderbetreuungseinrichtung eigenständig zurücklegen.

2.3 Im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz könnten sich z.B. auch die übrigen Grundschülerinnen und Grundschüler, die im Anschluss an die Schule eine entferntere Betreuungseinrichtung besuchen, auf einen Beförderungsanspruch berufen.

Der Besuch eines SFZ bzw. einer SVE impliziert nicht automatisch, dass die Kinder keine Wegstrecken alleine zurücklegen könnten. Die Förderschulen decken nämlich eine große Breite an möglichen Förderbedarfen ab, die z.T. mit der Fähigkeit, selbstständig in eine Betreuungseinrichtungen zu gehen, nicht ausschließlich zu tun haben dürften. Nach Art. 20 Abs. 1 BayEUG können Förderschulen gebildet werden für den Förderschwerpunkt Sehen, den Förderschwerpunkt Hören, den Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, den Förderschwerpunkt Sprache, den Förderschwerpunkt Lernen, den Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung. Sollte sich die LHM also dazu entscheiden, Schülerinnen und Schüler der SFZ/SVE freiwillig zu den Betreuungseinrichtungen zu befördern, besteht das o.g. Risiko, dass sich Schulkinder der übrigen Schularten ebenfalls auf den Gleichheitsgrundsatz berufen könnten.

3. Zusammenfassung

Die Kostenfreiheit des Schulwegs ist im Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs (SchKfrG) und in der Verordnung über die Schülerbeförderung (SchBefV) geregelt. Die Kostenfreiheit des Schulwegs ist nur auf dem notwendigen und zumutbaren Schulweg zwischen dem Wohnort und der Schule und zurück zu gewähren. Die zurückzulegende Schulwegstrecke von der Schule zu einem Hort oder Kindergarten ist vom Gesetz nicht umfasst.

Im Interesse der Kinder und Eltern hat das RBS dies bisher jedoch soweit wie möglich großzügig und pragmatisch gehandhabt. Das heißt, sollten in einem vom RBS beauftragten Schulbus, in dem Kinder nach den gesetzlichen Vorgaben befördert werden, noch freie Restsitzplatzkapazitäten vorhanden sein, so wurden diese freien Plätze mit Kindern aufgefüllt, die anstatt nach Hause zu fahren eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen möchten. Der Schulbus hält an der dem Hort oder Kindergarten nächst gelegenen Bushaltestelle, die auf der ohnehin befahrenen Route für die Rückfahrt der übrigen Kinder liegt.

Diese Praxis hat sich nach Ansicht des RBS dem Grunde nach bewährt. Dadurch, dass auch in Zukunft in Einzelfällen freie Plätze in den Schulbussen (Überkapazitäten) genutzt werden können, wird dem Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen der Eltern und Kinder einerseits und dem rechtlich Möglichen andererseits in geeigneter Weise Rechnung getragen. Dadurch entstehen keine zusätzlichen Kosten im städt. Haushalt, welche bislang auch nicht veranschlagt sind.

Aufgrund des kurzfristigen Eingangs des Antrages war es leider nicht mehr möglich, die Sitzungsvorlage vorab zuzuleiten.

II. Antrag der Referentin

1. Vom Vortrag der Referentin wird Kenntnis genommen.
2. Der dringliche Antrag Nr. 14-20 / A 05874 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Christine Strobl
3. Bürgermeisterin

Die Referentin

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

IV. Abdruck von I. mit III.

über das Direktorium D-II/V-SP
an das Direktorium Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport - GV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An RBS-GL**
An RBS-Recht
z. K.

Am